

# Zusammenfassung

Covid-19 konfrontiert die Welt nicht nur mit einer, sondern gleich mit mehreren Pandemien. Das Coronavirus hat eine Polypandemie verursacht, die Entwicklungsfortschritte unterminiert, staatliche Fragilität befördert und internationale Zusammenarbeit weiter untergräbt. Wenn es nicht gelingt, Covid-19 und seine zahlreichen Folgepandemien einzudämmen – darunter die Pandemien des Hungers, der Ungleichheit und des Autoritarismus – dürfte sich das Leid ohnehin vulnerabler Länder und Bevölkerungen massiv verstärken.

Die Covid-19-Pandemie ist eine globale und vielschichtige Krise. Keine Weltregion wird verschont von ihren verheerenden Folgen für menschliches Leben und Wohlergehen. Keinem Teil der Welt wird der sozioökonomische Schock erspart bleiben, der mit dem Coronavirus einhergeht. Mit den zahlreichen Folgen aber haben einige Länder und Gesellschaften stärker zu kämpfen als andere. Dort, wo Menschen bereits vor Covid-19 unter Entwicklungsdefiziten, staatlicher Fragilität und gewaltsamen Konflikten litten, drohen die direkten und indirekten Auswirkungen der Pandemie weitaus gravierender zu sein. Angesichts maroder Gesundheitssysteme, fragiler Volkswirtschaften und belasteter Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sind viele dieser Kontexte nicht in der Lage, sich gegen die zahlreichen Schocks der Polypandemie zu wehren.

Gegenwärtig besteht jedoch ein gewaltiges Ungleichgewicht: Auf der einen Seite stehen das menschliche Leid wie auch die daraus erwachsenden Risiken für internationalen Frieden und Sicherheit, die die Polypandemie in bestimmten Ländern und Weltregionen zu verursachen droht. Auf der anderen Seite stehen die geringe Aufmerksamkeit und Hilfe, die Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft diesen Kontexten widmet. Das Verhalten wohlhabender Staaten setzt damit aber lediglich einen Trend fort, der bereits vor Corona begann: den unzureichenden Einsatz für Sicherheit und Wohlergehen in den verwundbarsten Ländern der Welt. Die Folgen dieser Vernachlässigung offenbart die Polypandemie nun schonungslos. Denn sie verdeutlicht, wie sehr es in vielen Teilen der Welt an Krisenfestigkeit mangelt, weil Maßnahmen zur Entwicklungsförderung und zur Eindämmung von Fragilität und gewaltsamen Konflikten unzureichend blieben. Und sie offenbart auch die massiven Kosten, die es verursacht, wenn multilaterale Institutionen über Jahre hinweg gezielt

geschwächt werden. In Momenten der Krise, wenn der Bedarf nach kollektiver Problemlösung und globaler Solidarität rapide ansteigt, wird dies besonders drastisch spürbar.

Aber die Polypandemie öffnet nicht nur die Augen für Probleme, die in der Zeit vor der Covid-19-Pandemie ihre Wurzeln haben. Sie ist selbst ein Moment wichtiger Weichenstellungen. Die internationale Gemeinschaft hat jetzt die Wahl: Sie kann die Pandemiefolgen in anderen Teilen der Welt weiter vernachlässigen und damit zulassen, dass Covid-19 und seine Konsequenzen Ungleichheit und Verwundbarkeiten weiter verschärfen. Oder sie kann einen Kurswechsel vollziehen und auf eine Politik umschwenken, die Solidarität als Eigeninteresse begreift und den Schutz anderer als eine Investition in die Zukunft sieht.

Das erste Szenario ist höchst besorgniserregend. Ohne entschlossene Gegenmaßnahmen dürften die Folgen der Polypandemie nämlich verheerend sein – gerade in den verwundbarsten Teilen der Welt. Sie droht bereits jetzt, jahrelange Entwicklungsfortschritte zu vernichten, etwa indem sie Millionen von Menschen in die Armut treibt oder Hungersnöte verursacht. Infolge der Pandemie geraten demokratische Prinzipien noch stärker in Bedrängnis und Gewaltakteure missbrauchen Covid-19, um ihren Einfluss weiter zu vergrößern – auch in Europa und seiner unmittelbaren Nachbarschaft.

Der Schaden, den die Polypandemie anrichten kann, dürfte keineswegs nur die staatliche Ebene aufs Härteste treffen. Auch die internationale Bühne ist betroffen. Denn indem sie den Großmachtwettbewerb innerhalb multilateraler Institutionen anheizt und nationalistische und protektionistische Einstellungen bekräftigt, vermag Covid-19 auch die Krise des Multilateralismus weiter zu verschärfen. Für die Vulnerabelsten der Welt, die besonders stark auf globale Solidarität und kooperative Problemlösung angewiesen sind, ist dies besonders problematisch.

Diese düsteren Szenarien aber sind sämtlich vermeidbar – nämlich durch entschlossenes Handeln der internationalen Gemeinschaft. Und indem sie schonungslos gezeigt hat, wie sehr unser Wohlergehen vom Wohlergehen anderer abhängt, gibt es berechtigte Hoffnung, dass die Pandemie vielerorts als Weckruf dient.

Statt multilaterale Institutionen weiter zu schwächen, könnte die Polypandemie zum Anlass werden, Kooperationsformate wiederzubeleben und weiter zu stärken. Anstatt sich nach innen zu wenden – ausschließlich auf die Pandemiebekämpfung zuhause blickend – könnte die Pandemie Deutschland,

Europa und anderen wohlhabenden Staaten zu der Einsicht verhelfen, dass es im ureigenen Interesse ist, die Schwächsten der Welt aktiver zu schützen, eine rasche und vollständige Erholung von der Polypandemie zu ermöglichen und in Zukunft intensiver und nachhaltiger in Entwicklung, Resilienz und Frieden zu investieren.

Das bedeutet zuallererst, dass Staaten weltweit auf protektionistische Maßnahmen im Bereich der medizinischen Versorgung und Schutzausrüstung verzichten müssen. Für Entwicklungsländer gefährden diese den Zugang zu essentiellen medizinischen Gütern. Zweitens: Leben retten und Existenzgrundlagen schützen ist das Gebot der Stunde. Wohlhabende Staaten müssen bereit sein, die großzügigen finanziellen Hilfen, die ihren eigenen Bevölkerungen zuteilwurden, auf laufende humanitäre Bemühungen auszuweiten. Bis heute weisen zentrale globale humanitäre Initiativen noch erhebliche Finanzierungslücken auf. Um ihren am stärksten gefährdeten Mitgliedern zu helfen, muss die internationale Gemeinschaft kurzfristige Bemühungen, Notlagen zu lindern, mit Investitionen in langfristige Krisenfestigkeit verbinden. Das verlangt sicherzustellen, dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nicht dem Rotstift zum Opfer fallen. Stattdessen ist es an der Zeit, sich (erneut) dem 0,7-Prozent-Ziel der ODA-Ausgaben zu verpflichten. Auch erneute Diskussionen über einen Schuldenerlass sind erforderlich. Die G20 sind in der Position, in diesem Bereich eine Führungsrolle zu übernehmen. Drittens: Bei allen Anstrengungen zur Krisenbewältigung und -erholung sind Prävention und die Stärkung von Resilienz von Anfang an mitzudenken. In den Mittelpunkt gehören dabei Investitionen in stärkere Gesundheitssysteme, robuste Volkswirtschaften und solide Vertrauensbeziehungen. Aber auch auf internationaler Ebene selbst muss das *building back better* gelten. Es ist dringend geboten, multilaterale Institutionen und Instrumente zu stärken, ohne die globale Solidarität nicht gelingen kann.

Und die Pandemie könnte noch eine andere Einsicht stärken: dass die Beziehung zwischen mehr und weniger entwickelten Ländern der Welt keine Einbahnstraße ist. Die letzten Monate haben eindrücklich gezeigt: Wenn es um die Bekämpfung von Infektionskrankheiten geht, kann der Westen viel von Entwicklungsländern lernen.

Krisen sind immer auch Chancen. Die Polypandemie bietet besonders viele davon. Für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft bietet sie die Möglichkeit des *building back better*. Das bedeutet auch, globale Disparitäten nun beherzt abzubauen und damit internationalen Frieden, Stabilität und globale Krisenresilienz nachhaltig zu stärken.

# Die Polypandemie in Zahlen

<b>+100%</b>	<b>Die Hunger-Pandemie</b> Covid-19-induzierter Anstieg der von akuter Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen
<b>83–132 Millionen</b>	Zusätzliche Menschen, die aufgrund von Covid-19 im Jahr 2020 unterernährt sein könnten
<b>828 Millionen</b>	Drastischste Projektion der FAO zur Gesamtzahl der Menschen, die bis Ende 2020 unterernährt sein könnten
<b>30% vs. 9%</b>	<b>Die Ungleichheits-Pandemie</b> Anstieg der Sterblichkeitsrate unter <i>People of Color</i> und Weißen in den Vereinigten Staaten bis Juli
<b>29 vs. 3</b>	Ärztinnen und Ärzte pro 10.000 Menschen: OECD-Staaten vs. am wenigsten entwickelte Länder
<b>4.200 vs. 74.255</b>	Covid-19-Tests pro einer Million Menschen bis Anfang Juli: Afrika vs. Europa
<b>88–115 Millionen</b>	<b>Die Armut-Pandemie</b> Zusätzliche Menschen in extremer Armut im Jahr 2020 aufgrund von Covid-19
<b>9%</b>	Anteil der Weltbevölkerung in extremer Armut im Jahr 2020 laut drastischstem Szenario der Weltbank
<b>Erste</b>	Zunahme der weltweiten Armut seit 1990
<b>495 Millionen</b>	Vollzeitarbeitsplätze, die aufgrund von Covid-19 im Jahr 2020 voraussichtlich verloren gehen
<b>ca. 20%</b>	Für 2020 erwarteter Rückgang der Rücküberweisungsströme in Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen

	<b>Die Gewalt-Pandemie</b>
21.000	Anzahl der Menschen, die in den ersten drei Monaten nach der globalen Waffenstillstandsresolution des VN-Sicherheitsrates in einem Konflikt getötet wurden
21%	Anstieg der Auseinandersetzung mit gewalttätigen extremistischen Inhalten online in Gebieten mit Covid-19-Ausgangssperren in den USA (April)
	<b>Die Autoritarismus-Pandemie</b>
30%	Zunahme staatlicher Repression zwischen Mitte März und Ende Juli
	<b>Die Nationalismus- und Unilateralismus-Pandemie</b>
1 Tag vs. 3 Monate	Zeit, die der VN-Sicherheitsrat brauchte, um eine Resolution zu verabschieden: Ebola 2014 vs. Covid-19 2020
92	Gerichtsbarkeiten, die bis zum 16. Oktober 2020 Exportkontrollen für medizinische Güter eingeführt hatten
	<b>Die Bildungs-Pandemie</b>
91%	Anteil der weltweit von vorübergehenden Schulschließungen betroffenen Schülerinnen und Schüler
1,6 Milliarden	Zahl der bis April von Schulschließungen betroffenen Kinder und Jugendlichen
3,6 Millionen	Kinder in West- und Zentralafrika, die bis Ende 2021 voraussichtlich die Schule abbrechen
	<b>Die Gesundheits-Pandemie jenseits von Covid-19</b>
2 Millionen	Geschätzte Nicht-Coronavirus-Todesfälle aufgrund von Unterbrechungen in Gesundheitssystemen
29	Anzahl an Ländern, die bis Juli Masernimpfungen ausgesetzt hatten
769.000	WHO-Projektion der Malaria-Todesfälle im Jahr 2020